

Gedanken zu Glaube und Zeit

In dieser Schriftenreihe kommen jene Menschen zu Wort, die dem überholten, aber nicht änderungswilligen Regime in der römisch-katholischen Kirche nicht mehr in jeder Hinsicht folgen können, die aber den unverzichtbaren Wert der Frohbotschaft in krisenhaften Zeiten durch ihr Bekenntnis und ihr Beispiel sichtbar machen wollen. Sie sind davon überzeugt, dass nur durch solches Bemühen aus verantworteter christlicher Freiheit die Kirche aus ihrem beklagenswerten und bedrohlichen Zustand gerettet werden kann. Alle, die sich dieser Auffassung anschließen, sind eingeladen, dazu einen Beitrag zu leisten – in welcher Form auch immer.

Die Aussendung erfolgt unentgeltlich per E-Mail namentlich adressiert dzt. an Empfänger in mehreren Ländern, insbesondere in Österreich, Deutschland und der Schweiz, mit deren Einverständnis. Häufig erfolgt eine Weiterverbreitung. Jede Verwendung der Texte ist frei, sofern Quelle und Verfasser angegeben und keine sinnstörenden Veränderungen oder entstellende Kürzungen vorgenommen werden.

Die bisher in der Reihe „Gedanken zu Glaube und Zeit und danach erschienene Texte sind im [Austria-Forum - das Wissensnetz aus Österreich](http://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Glaube_und_Zeit) abrufbar:

[http://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Glaube und Zeit.](http://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Glaube_und_Zeit)

Bitte zu beachten:

Sollen Zuschriften an uns vertraulich behandelt werden, ersuchen wir, dies ausdrücklich anzuführen!

Willibert Kurth

Börsen dürfen nicht zu Wettbüros und Spekulationshöllen verkommen

**Plädoyer für ein umfassendes Spekulationsverbot von Geschäften
ohne reale Grundlage ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft
und der Christlichen Gesellschaftslehre**

Teil II*

Es mag bei der Wien Energie sicher Verbesserungspotential im Risikomanagement geben. Aber es gibt einen entscheidenden Punkt, der jetzt umfassend diskutiert gehört, schon bei der Eurokrise ganz oben auf der Prioritätenliste stand, aber dann doch nicht umgesetzt wurde, obwohl das Problem für alle offensichtlich wurde, als Spekulationshaie gegen ganze Staaten

* Teil I erschien als Nr. 421 der GGZ zum 5. November 2022.

und deren Zahlungsunfähigkeit "wetteten". Dieser entscheidende Punkt ist: eine umfassende Reform aller Märkte, vor allem der Börsen und insbesondere der vom Computerhandel dominierten Online-Börsen, mit einem umfassenden Verbot aller Spekulationsgeschäfte, denen keine realwirtschaftlichen Vorgänge zugrunde liegen wie Leerverkäufe, Knock-out-Optionen etc. Welchen anderen Sinn als Wetten haben solche Produkte, die mit dem möglichen Verfall der Option hantieren, wo ein realwirtschaftlicher Marktteilnehmer Optionen allein nutzt, um Preise für seine realen Zukunftsgeschäfte abzusichern?!

Der möglichst weitgehende Ausschluss solcher Spekulation ist essentiell für das Bestehen und Funktionieren der Märkte, gerade in einer Sozialen Marktwirtschaft, die auf dem Vertrauen freier BürgerInnen basiert, ganz nach dem Motto: „Börsen dürfen nicht zu Wettbüros und Spielhöllen verkommen!" Dies wäre nicht nur ein systemisch entscheidender Gewinn für unsere Wirtschaftsordnung, sondern würde auch tausende von Kleinanlegern vor finanziellem Schaden oder gar Ruin bewahren, die hier hoch riskant spekulieren in der Hoffnung auf das schnelle Geld. Und viele Tausende haben da schon jetzt dafür bezahlt. Wie auch viele "kleine Leute" damals in der Euro-Krise hart bezahlen mussten, während die riskanten Staatskredite durch diesen Einsatz der "kleinen Leute" weitgehend bedient wurden und deren Gläubiger nur sehr überschaubar zur Kasse gebeten wurden.

* * *

Durch die aufgezeigte massive Spekulation ohne realen Bezug wird aus einem Sturm in Kürze ein Orkan mit ihm folgenden Tsunami. Das ist nicht Marktwirtschaft und erst recht nicht Soziale Marktwirtschaft, sondern deren Pervertierung durch den Manchester-Kapitalismus des 21. Jahrhundert, sprich Neoliberalismus. Und der ist das genaue Gegenteil von Ordoliberalismus,

- der die Grundlage unseres Wirtschaftssystems ist, verankert in unseren Verfassungen, in Deutschland etwa Art 14 und 20 GG;
- und damit ein unverrückbarer Anker (Art. 79 III GG) unseres Rechtsstaates und unserer Gesellschaft.

Der aufgezeigte Missbrauch des zentralen marktwirtschaftlichen Instruments Markt und der Börse widerspricht zutiefst den Grundlagen unserer Wirtschafts- und Sozialordnung. Er führt zu Verwerfungen, die nicht nur eine Gefahr für die Wirtschaft, sondern einen Anschlag darstellen, der zu schwerwiegenden sozialen Verwerfungen führt und letztlich den Zusammenhalt und Rechtsstaat gefährdet. Von daher kann ich an dieser Stelle nur aus ordoliberaler Überzeugung und von der christlichen Gesellschaftslehre herkommend betonen und die Politik in der EU auffordern, was ich schon seit über zwanzig Jahren klar fordere: Aus Verantwortung für das Funktionieren von Sozialer Marktwirtschaft und Rechtsstaat und letztlich für das Zusammenleben in unseren Gesellschaften: Machen Sie diesen Verirrungen, die Märkte als Wettbüros und Spekulationshöllen missbrauchen, ein klares Ende.

* * *

Märkte und Börsen müssen der Ort der Preisbildung auf der Grundlage realwirtschaftlicher Vorgänge und Planungen sein. Und ihr Funktionieren ist dann um so besser für alle, Unternehmen wie Konsumenten, wenn sie möglichst ohne Spekulation, die fern jeder Realwirtschaft ist, ihrer Bestimmung nachgehen können. Die völlig irrealen Spekulation, die wir etwa in der Eurokrise sahen, als Heerscharen von Spekulanten gegen den Euro und vor allem gegen einzelne Euro-Staaten "wetteten", und die wir jetzt mit der völlig überhitzten Preisentwicklung auf dem Strommarkt sehen, ist nicht nur der Marktwirtschaft, vor allem der Sozialen Marktwirtschaft, völlig wesensfremd: Preise sind nicht mehr das, was sie sein sollen: Signale, die die realen Verhältnisse wiedergeben. Vielmehr sind die Preissignale vollkommen verzerrt und sinnentleert. Diese Spekulation ist im Kern ein krimineller Akt und führt zu hohen Verwerfungen in breiten Bevölkerungsschichten. Dies führt zu großen Fehlallokationen, Hyperinflation und Zahlungsunfähigkeit in breiten Kreisen. Es stellt letztlich nicht nur eine Gefährdung des Marktes und damit von Wohlstand und Wirtschaftsordnung dar, sondern wird, wenn dies nicht klar beschnitten wird, zu großen Verwerfungen in Wirtschaft, Sozialordnung und Gesellschaft führen und eine große Gefahr für den Bestand des Rechtsstaats darstellen. Ein Ziel, mit dem diese "Haie" letztlich Despoten wie Putin in die Hände arbeiten.

Wir sehen, dass aktuell die Lager von Gas und Öl in der EU gut gefüllt sind. Von daher ist klar, dass die Preisexzesse der letzten Wochen vor allem auf Spekulation zurückzuführen sind und keinen realwirtschaftlichen Hintergrund haben. Märkte sollten aber vor allem die realwirtschaftlichen Fakten abbilden und so ihren Sinn mit realitätsbezogenen Preissignalen erfüllen. Und dahin müssen wir ordnungspolitisch und durch den Gesetzgeber, am besten EU-weit, zurückkehren, damit die Märkte und vor allem die Börsen weitgehend von solcher Spekulation befreit werden, die keinerlei realwirtschaftlichen Bezug hat.

* * *

Ganz abgesehen von dieser entscheidenden Reform im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft ist festzuhalten, dass gerade jene Länder wie Deutschland, Österreich und Italien, die sich von russischen Energieimporten besonders abhängig gemacht haben, hier längst im März dieses Jahres 2022 zielgerichtet mit einem geeigneten wirtschaftspolitischen Instrument hätten eingreifen müssen: mit einer zielgerichteten Subventionierung der Öl- und Gasimporte, am besten EU-weit koordiniert. So wäre von daher der Preisdruck auf die heimischen Tankstellen und die heimische Stromproduktion aus Gas stark abgefedert worden. Während das sozialistisch regierte Spanien, obwohl am wenigsten betroffen, hier zügig in dieser Weise eingegriffen hat, um auf der Produktionsseite die Energiepreise nicht explodieren zu lassen, und auf der Verbraucherseite im Sommer bereits umfassende gesetzliche Maßnahmen zum Sparen erließ, haben die am meisten betroffenen drei Länder der erklärten Sozialen Marktwirtschaftler Draghi, Scholz und Lindner hier völlig versagt. Allen voran der oberlehrerhafte Dampfplauderer Habeck, der in der Sache kaum eine Ahnung hat, was er

neben seinen vielen überflüssigen Wortspenden dadurch eindrucksvoll bewiesen hat, dass er mit der Gasumlage ein wenig zielführendes Instrument ergriff, das dazu auch noch handwerklich sehr ungenügend umgesetzt wurde. Es ist nicht gerade ein Reifezeugnis für Demokratie, wenn ausgerechnet ein solcher Politiker die höchsten Zustimmungswerte im WählerInnenvolk hat.

Im Übrigen ist es ordnungspolitisch nicht nur zulässig, sondern sogar geboten, die durch solche Marktverwerfungen begründeten Übergewinne, die durch keinerlei Leistungsbeitrag des Unternehmens begründet sind und ihm als Folge dieser Spekulationsexzesse in den Schoß fallen, durch den Staat abzuschöpfen, und zwar bis zu 100%. Und aus diesen Einnahmen sollte dann die notwendige Subventionierung der Energie-Importe auf der Produktionsseite finanziert werden (siehe oben). Es darf für ein Unternehmen keinerlei Anreiz für solche Windfall-Profits geben. Auch dürfen sie nicht für interne Boni herangezogen werden, da sie ja keinerlei individuellen unternehmensbezogenen Leistungsanteil haben. Und genauso, wie solche zufälligen und außerordentlichen Übergewinne durch den Staat abgeschöpft gehören, so besteht im umgekehrten Fall auch die Verpflichtung des Staates, einem soliden Unternehmen, das durch solche nicht absehbaren Marktverwerfungen in Schieflage kommt, zeitlich befristet im notwendigen Maße unter die Arme zu greifen, wie dies zurecht etwa in der Corona-Krise oder jetzt mit Schutzschirmen in der Energiekrise, etwas beim deutschen Stromanbieter Uniper, geschah.

* * *

Bei all dem ist es ganz entscheidend, immer den ordnungspolitischen Kompass im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft intakt zu halten und zu beachten. Und den für unsere Wirtschafts- und Sozialordnung entscheidenden Ordoliberalismus vor Pervertierungen durch jede Form eines ungezügelten Liberalismus, der keinen Blick für Gemeinwohl und das Funktionieren der Märkte hat (sprich Neoliberalismus), entschieden zu schützen. Alles andere – insbesondere auch unübersichtliche Einzelbereichslösungen – führen zu einer Beschädigung der Sozialen Marktwirtschaft. Und daraus ergeben sich immense Gefahren für unsere liberale, offene Gesellschaftsordnung sowie Rechtsstaat und Demokratie.

Diplom-Volkswirt Willibert Kurth, Wien/Köln,
Bundesgeschäftsführer a.D. des Bundesverbandes
katholischer Unternehmer in Deutschland (BKU),
engagiert sich als Christ in der Gesellschaftskritik
und tritt für eine Reform der röm.-kath. Kirche ein

Kontakt:

Em. Univ. O. Prof. Dr. Heribert Franz Köck, 1180 Wien, Eckpergasse. 46/1, Tel. (+43 1) 470 63 04,
heribert.koeck@gmx.at

Volksanwalt i. R. Dr. Herbert Kohlmaier, 1230 Wien, Gebirgsgasse 34, Tel. (+43 1) 888 31 446
kohli@aon.at

Unter diesen Adressen ist auch eine Abbestellung der Zusendungen möglich!